

*Grüne Ideen,
Fragen und Forderungen
zur Politik
im Kanton Luzern*

*Für eine Politik
mit Herz und Verstand*

Vorwort

Die Überschwemmungen und die Stürme zeigen es überdeutlich: Wir dürfen nicht mehr so weiter machen wie bisher. Der Schutz unserer Erde muss ins Zentrum des politischen Handelns rücken und darf nicht mehr nur unter der Rubrik «Übriges» abgehandelt werden. Wir Grünen sind die VordenkerInnen für einen sanfteren Umgang mit unserer Welt. Und wir zeigen auf, dass dies durchaus lustvoll sein kann. Letztlich profitieren wir alle von diesem Einsatz für die Umwelt: Unsere Lebensqualität steigt.

Unser Leitmotiv für die Wahlen 2003/04 ist das grüne Herz. Es bedeutet, dass wir neben der ökologischen Frage den Menschen ins Zentrum unserer Politik stellen und nicht die Börsenkurse oder die Dividenden einzelner. Wir politisieren klar im Interesse breiter Bevölkerungsschichten und treten damit den bürgerlichen Parteien entgegen, die ihre Politik immer mehr auf Einzelinteressen auslegen.

Manchmal fühlen wir uns an den Spruch aus den 80-er Jahren erinnert, der lautete: «Was tun, wenns brennt? – brennen lassen!» und hätten Lust, uns diesem Spruch anzuschliessen. Heute zieht die SVP zeuselnd durchs Land, und oft ist es mühsam, ihre Brände wieder zu löschen.

Wenn es um Integration geht, macht sie viele unserer Bemühungen kaputt, im Gesundheitswesen lockt sie die Leute mit tieferen Prämien und will diese mit einem Leistungsabbau auf dem Buckel der Ärmere durchsetzen. Und wenn es beim Verkauf von staatlichen Betrieben etwas zu verdienen gibt, sind die Vertreter der SVP zusammen mit anderen Bürgerlichen schnell zur Stelle. Da müssen wir heute viel flicken und finden uns in der Rolle wieder, dass wir nicht nur unseren Staat, sondern oft genug auch unsere bürgerliche Regierung stützen müssen.

Roni Vonmoos, Präsident Grünes Bündnis Kanton Luzern



Diese Wahlplattform wurde diskutiert und verabschiedet an den Mitgliederversammlungen vom 16. September und vom 19. November 2002.

Inhalt

Natur und Energie

Natur und Umwelt	6
Energie und Verkehr	8

Gesellschaft und Soziales

Integration und Einbürgerung	10
Soziale Politik	12
Gesundheit	14
Bildung	16
Frau und Mann	18
Kultur	20

Demokratie und Staat

Volksrechte	22
--------------------	-----------

Wirtschaft und Finanzen

Service public	24
Wirtschaft	26
Steuern und Finanzen	28

Impressum	30
------------------	-----------

Natur und Energie

Natur und Umwelt

Eine Heimat für Mensch und Laubfrosch

Trotz einiger Anstrengungen: Tier- und Pflanzenarten sterben auch in unserem Kanton weiter aus. Die verbliebenen naturnahen Flächen sind im Mittelland verteilt wie kleine Inseln in einem Meer intensiv genutzter Landschaft und sind zunehmend voneinander isoliert. Dabei hält der Druck an: Pro Sekunde wird in der Schweiz nach wie vor ein Quadratmeter überbaut. Kein Wunder, dass selbst die gemässigten Ziele des Bundes zur Luftreinhaltung bei weitem nicht erreicht werden konnten.

Doch nicht nur Luft und Boden sind belastet, auch das Wasser wird weiter verschmutzt. Die Belastung durch klassische Stoffe wie Phosphate konnte zwar reduziert werden, gleichzeitig steigt aber die Belastung durch eine Vielzahl von hormonell wirksamen Spurenstoffen an.

Fragen

- Sollen Laubfrosch und Geburtshelferkröte im Kanton Luzern heimatberechtigt bleiben?
- Können wir den Naturschutz als Aufgabe ins Entlebuch abschieben?
- Ist der Boden der letzte Dreck?

Unsere Vorstellung

Wir wollen einen respektvollen Umgang mit der Natur, der Landschaft und den vorhandenen Ressourcen finden und Formen entwickeln, wie menschliche Nutzung und Schutz der Natur vereint werden können. Wir stellen uns eine Landschaft vor, in der möglichst viele standortgerechte Tier- und Pflanzenarten leben. Dafür müssten die verbliebenen Lebensräume in der Kulturlandschaft besser miteinander vernetzt werden und – besonders im Mittelland – grössere Lebensräume wie Auen, natürliche Wälder und andere Wildnisgebiete erhalten bleiben. Die bisherigen Anstrengungen im Umweltschutz müssen intensiviert und die grossen Defizite bei der Umsetzung bestehender Gesetze angegangen werden.

Neue Herausforderungen sind konsequent anzupacken: ökotoxikologische Spurenstoffe in den Gewässern, abnehmende Bodenfruchtbarkeit und das Problem Elektrosmog.

Wir wollen mithelfen, ein Siedlungs- und Verkehrssystem zu entwickeln, welches in absehbarer Zeit möglichst ohne zusätzlichen Bodenverlust und ohne Übernutzung der Ressourcen auskommt. Der Kreativität sind keine Grenzen gesetzt!

Ausgewählte Vorstösse und Aktionen

- für einen regenerierenden Naturschutz im Mittelland
- für landschafts- und ressourcenschonende Grundsätze in der Raumplanung und im Planungs- und Baugesetz
- für einen besseren Lärmschutz, grosszügige Waldreservate, ausreichenden Abstand von Bauten zum Wald, haushälterische und sorgältige Bodennutzung usw. (unsere Anliegen in den entsprechenden Gesetzes- und Budgetberatungen)
- für einen Kataster von Antennenanlagen mit dem Anliegen einer Begrenzung und Koordinierung
- gegen den schleichenden Abbau der Umweltschutztätigkeit und der dazu benötigten Geldmittel

Unterlagen zum Thema

Grüne Positionen zur Gentechnologie, Broschüre der GPS



Natur und Energie

Energie und Verkehr

Mehr Lebensqualität dank Verzicht

Die Folge der Klimaveränderung trifft alle. Dürre in Afghanistan und Afrika, Überschwemmungen in Deutschland, China oder Indien, Lawinen und Unwetter in der Schweiz. Wir SchweizerInnen konsumieren fünfmal mehr Energie als langfristig (global gesehen) verträglich wäre. Der Freizeit-, Einkaufs- und Transitverkehr hat in den letzten Jahren stark zugenommen. Die Nord-Süd-Achse ist ständig überlastet und die Agglomeration Luzern immer häufiger verstopft – von unserem hausgemachten Verkehr. 43'000 EinwohnerInnen im Kanton leben in Wohnungen, in denen die Immissionsgrenzwerte der Lärmbelastung überschritten sind.



Fragen

- Sind Sie zu Gunsten der Bevölkerung in der Dritten Welt bereit, auf einen Teil «Ihrer Energie» zu verzichten?
- Woran denken Sie bei einer Stadt zuerst? An Autos, Lärm und Gestank oder an Flanieren, Parks und Trams?
- Sind Ihnen Ferien auf dem Brünig ein Graus?

Unsere Vorstellung

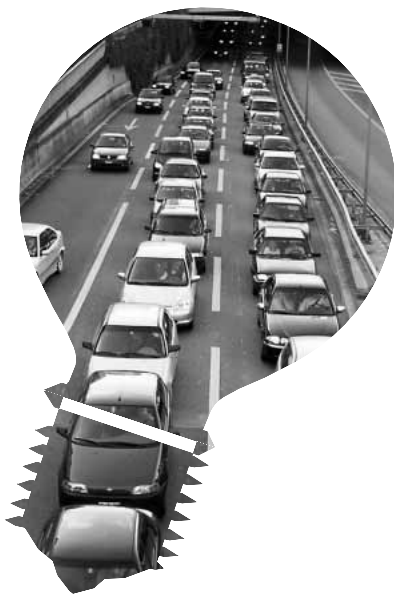
Die Ethik der Vorsicht verlangt von uns, auf die Klimaerwärmung zu reagieren, auch wenn noch nicht alle Zusammenhänge ausreichend geklärt sind. Der Forschungs- und Wissensstandard und die finanziellen Mittel der Schweiz ermöglichen es uns, energiesparende Technologien zu entwickeln und einzusetzen und Verhaltensweisen zu etablieren, welche das Ausmass der Mobilität und den Energieverbrauch reduzieren. Eine Schlüsselrolle übernehmen dabei Ausbau und Förderung des öffentlichen und des Langsam-Verkehrs und konsequente Energiesparmassnahmen bei Bauten und in der Produktion (mit soliden Energiebilanzen als Wegweiserinnen). Ebenso wichtig sind die Abwälzung bisher unge-

deckter externer Umwelt-Kosten auf die VerursacherInnen, eine Raumplanung, welche die Zwangsmobilität reduziert, und ein nachhaltiges Wirtschaften und Verwalten, welches diese Bezeichnung auch verdient.

Gleichzeitig braucht es ein Umdenken: Wir müssen akzeptieren, dass nur mit einem gewissen Mass an Verzicht unser Energieverbrauch gesenkt werden kann. Was kein Komfortverlust bedeuten muss: Ferien am Lago Maggiore oder auf dem Brünig können genau so erholsam und spannend sein wie in Thailand oder in den Anden.

Ausgewählte Vorstösse und Aktionen

- für mehr LSVA-Gelder für den öffentlichen Verkehr
- für eine Beschleunigung des S-Bahn-Projektes inklusive Anschluss Kriens
- für die Eidgenössischen Initiativen «Strassen für alle» und «Ja zu autofreien Sonntagen»
- gegen Strassenprojekte wie grossräumige Umfahrung Luzern, Anschluss Buchrain, Umfahrungen Reussbühl und Hochdorf, Ausbau der Sedelstrasse oder Tunnelumfahrung Wolhusen
- gegen eine Strassenunterführung ausgangs Escholz-matt (Kantonsstrasse K10)
- gegen die Aufhebung von Zebrastreifen
- «Energie statt Arbeit besteuern» (nationale Initiative)
- für einen Planungsbericht Klimaschutz
- für den Minergie-Standard bei kantonseigenen Bauten
- für eine ökologische Steuerreform (Standesinitiative) und den «Stromrappen (städtische Initiative)
- gegen die Aufweichung des Energiegesetzes
- gegen Grosseinkaufszentren (Meierhöfli, Schenkon, Waldstätterpark)
- gegen den Ausbau des Flugplatzes Emmen zum Regionalflugplatz



Unterlagen zum Thema

- Grüne Positionen zur Verkehrspolitik, Broschüre der GPS
- Grüne Positionen zur Energiepolitik, Broschüre der GPS
- Greenfo Nr. 1/2000 (Freie Fahrt für alle, JA zur Verkehrshalbwertungsinitiative)

Gesellschaft und Soziales

Integration und Einbürgerung

Heimat für SchweizerInnen und AusländerInnen

Jede fünfte Person, die in der Schweiz lebt, hat keinen Schweizer Pass. Kein Wunder, denn die Schweiz kennt das hindernisreichste, teuerste und langwierigste Einbürgerungsverfahren von ganz Europa. Dabei könnten wir ohne AusländerInnen unseren Lebensstandard und unsere Infrastruktur niemals aufrecht erhalten: An jedem vierten Arbeitsplatz ist ein Ausländer, eine Ausländerin tätig. Jeder vierte Franken, der in die AHV fliesst, wird von ausländischen Beschäftigten einbezahlt, aber nur jeder zehnte Franken geht an einen ausländischen

RentenbezügerInnen. Trotz allem – AusländerInnen müssen im Alltag mit vielen Benachteiligungen kämpfen und werden zur Stimmungsmache missbraucht.

Die Integration der ausländischen Wohnbevölkerung ist eine Herausforderung. Heute besteht eine krasse Chancenungleichheit. So ist etwa die Wahrscheinlichkeit, in eine Kleinklasse zu eingeteilt zu

werden, für fremdsprachige Kinder fünf Mal grösser als für Schweizer Kinder.



Fragen

- Soll der Besitz des Schweizer Passes ein Privileg sein?
- Wer ist für die Integration verantwortlich?
- Was bedeutet Ihnen mehr: Sippenhaftung oder qualifizierte Rechtsansprüche?

Unsere Vorstellungen

Wir wehren uns entschieden gegen jede Form der Ausgrenzung, Diskriminierung und Hetze von Menschen, sei es am Arbeitsplatz, im Quartier, in der Schule oder

in den Medien. Wir setzen uns ein für eine möglichst rasche Integration der MigrantInnen in der Aufnahmegesellschaft, hier muss der Staat mehr Hilfeleistungen erbringen, aber auch von der Wirtschaft verlangen. Unser Einbürgerungsverfahren soll schneller und gerechter werden.

Wir fühlen uns einem Menschenbild der grundsätzlichen Gleichwertigkeit aller Menschen verpflichtet. Deshalb stellen wir uns eine Gesellschaft vor, in der Menschen unterschiedlicher ethnischer, religiöser, sprachlicher und kultureller Herkunft in gegenseitigem Respekt und gegenseitiger Offenheit zusammenleben.

Ausgewählte Vorstösse und Aktionen

- Im Februar 2002 haben wir zwei kantonale Initiativen für fairere Einbürgerungen eingereicht. Mit diesen Initiativen wollen wir erreichen, dass in der Gemeinde eine Bürgerrechtskommission oder der Gemeinderat über Einbürgerungen entscheidet und die Entscheide begründet. Das Verwaltungsgericht kann die Entscheide überprüfen.
- für eine vereinfachte Einbürgerung
- für das Ausländerstimmrecht
- gegen Dürs Idee von «Internierungslagern» für straffällig gewordene AsylbewerberInnen
- gegen den Rechtsextremismus (Postulat)

Unterlagen zum Thema

- RundBriefe Nr. 1/2001 und Nr. 5/2001 (Einbürgerungsinitiativen)
- Grüne Position zur Migrationspolitik, Broschüre der GPS



Gesellschaft und Soziales

Soziale Politik

Für eine Gesellschaft ohne Armut

Die 90-er Jahre haben nur die BörsenspekulantInnen reicher gemacht. Die meisten Menschen haben weniger als zuvor. Das Armutsrisiko ist gewachsen und



trifft vor allem Familien und Alleinerziehende, auch die Working-poor und Personen mit schlechter Ausbildung. Gleichzeitig bröckelt der Zusammenhalt in der Bevölkerung. Die Folgen sind Spannungen zwischen den verschiedenen Bevölkerungsgruppen und zunehmende Vereinsamung; viele Menschen leiden unter psychischen Problemen und an Suchtkrankheiten. Das Durchschnittsalter der

Bevölkerung steigt, was im Bereich der Spitex und der Heimpflege zusätzliche Anstrengungen erfordert.

Fragen

- Soll es als Luxus gelten, Kinder zu haben?
- Wo möchten Sie im Krankheits- oder Altersfall gepflegt werden?
- Soll sich die Höhe der wirtschaftlichen Sozialhilfe nach der Finanzlage des Kantons richten?

Unsere Vorstellungen

Wir engagieren uns für eine Gesellschaft ohne Armut. Wer Kinder hat, soll finanziell entlastet werden: mit doppelt so hohen Kinder- und Ausbildungszulagen wie bisher, mit Steuererleichterungen und Ergänzungsleistungen für Familien mit kleinem Einkommen. Einrichtungen wie Krippen und neue Schulmodelle ermöglichen auch den Frauen den Zugang oder den Verbleib auf dem Arbeitsmarkt.

Dies schafft nicht nur mehr Spielraum in Bezug darauf, wie Eltern ihren Lebensunterhalt verdienen (wollen), sondern ist auch ein wichtiger Beitrag zur Gleichstellung von Frau und Mann.

Zwischen den Sozialpartnern müssen existenzsichernde Löhne vereinbart werden. Reicht das Einkommen trotz allem nicht zum Leben, garantieren die wirtschaftliche Sozialhilfe das Existenzminimum und die persönliche Sozialhilfe den Wiedereinstieg ins Erwerbsleben. Kanton und Gemeinden halten sich an klare Vorgaben bei der Beratung und Auszahlung von Sozialhilfe.

Eine gut ausgebaute Spitex ermöglicht es den Betagten, möglichst lange in der ihnen vertrauten Umgebung zu leben. Die Wohn- und Pflegeheime werden in Richtung Alterswohngruppen mit Einzimmern weiterentwickelt.

Sucht und Krankheit ist mit umfassender Prävention vorzubeugen. Therapieangebote ermöglichen den Ausstieg aus der Sucht; Einrichtungen wie Gassenküche, Notschlafstelle, Wohnhuus und Wärcstatt garantieren das Überleben auf der Gasse.

Ausgewählte Vorstösse und Aktionen

- «Für den Ausbau der spitalexternen Krankenpflege im ganzen Kantonsgebiet» (Initiative)
- für eine umfassende Sozialplanung im Kanton Luzern
- für eine Auskunft-, Beratungs-, Koordinations- und Triagestelle
- für eine integrierte, ganztägige Betreuung an den öffentlichen Volksschulen
- für einen Ausbau der ausserschulischen Betreuung bzw. der Horte
- für einen Ausbau des Angebotes der vorschulischen Kinderbetreuung
- Drogenpolitik: für Massnahmen zur Sicherung der abstinenzorientierten Therapie
- für die Tribschen-Überbauung als ein Beitrag zur «Wohnstadt Luzern»



Unterlagen zum Thema

- Grüne Position zur Drogenpolitik, Broschüre der GPS
- Grüne Position zur Arbeit und sozialer Sicherheit, Broschüre der GPS
- Greenfo Nr. 4/2000 (2x JA zum flexiblen Rentenalter)

Gesellschaft und Soziales

Gesundheitspolitik

Gesundheit für alle erhalten

Die Kosten im Gesundheitswesen wachsen ungebremst und mit ihnen die Krankenkassenprämien. Die Prämien sind eine finanzielle Belastung v.a. für Men-



schen mit mittleren Einkommen, die keine Verbilligung erhalten. Der Kanton Luzern verschärft die soziale Not, indem er nur die Hälfte der bereitliegenden Bundesgelder abholt. Bürgerliche PolitikerInnen versuchen zudem, die Grundversicherung auszuhöhlen, und machen damit Gesundheit zu einem Privileg der Vermögenden.

Viele Menschen, die finanziell schlecht dastehen, leiden aber nicht nur unter den hohen Prämien, sondern leben auch unter ungesunden Bedingungen. Stress, Lärm und schmutzige Luft treffen sie besonders. Statistiken belegen, dass Armut krank macht und das Leben verkürzt.

Fragen

- Sollen sich Wohlhabende eine bessere medizinische Versorgung leisten können als weniger Vermögende?
- Soll der Kanton Luzern weiter bei der Prämienverbilligung sparen?
- Möchten Sie sich selbst als Klon begeben?

Unsere Vorstellung

Das Recht auf Gesundheit ist ein Grundrecht der gesamten Bevölkerung. Deshalb darf der Leistungskatalog, der von der Grundversicherung abgedeckt wird, nicht geschmälert werden – im Gegenteil, er soll ergänzt werden durch die zahnmedizinischen Leistungen. Ausserdem soll der Kanton Luzern den Versicherten nicht länger die Hälfte der Prämienverbilligungsgelder vorenthalten.

Gefragt sind ein ganzheitliches Gesundheitsverständnis, eine den Lebensbedürfnissen nahe medizinische Grundversorgung und eine zeitgemässe Prävention. Körperlich und psychisch kranke, süchtige, behinderte und alte Menschen sollen womöglich in ihrer vertrauten Umgebung betreut und behandelt werden. Schliesslich verlangen wir eine Verlagerung von teuren Spitzenmedizin-Untersuchungen hin zu mehr Zeit für die Pflege von Patienten.

Ausgewählte Vorstösse und Aktionen

- Unsere kantonale Volksinitiative «Tragbare Prämien für alle» (1999) wurde leider abgelehnt, obwohl sie in den letzten drei Jahren an Bedeutung gewonnen hätte.
- Wir setz(t)en uns dafür ein, dass der Kanton Luzern mehr Bundesgelder aus dem Ausgleichsfonds abholt und grosszügiger Prämienverbilligungen vornimmt.
- für den Ausbau von sozialpsychiatrischen Einrichtungen wie der Kinder- und Jugendpsychiatrie und für stärker regionalisierte Behandlungsmöglichkeiten
- für eine stationäre Kinder- und Jugendbehandlung
- für eine gute und verlässliche Spitalversorgung und für tragbare Arbeitsbedingungen von Pflegepersonal und AssistenzärztInnen
- für eine kantonale Spitalplanung (Motion)
- Förderung von ambulanten Geburten und von Hausgeburten, für ein Wartgeld für Hebammen
- restriktive Bewilligung von gentechnischen Forschungsprojekten



Unterlagen zum Thema

- Argumentarium zur kantonalen Initiative «Tragbare Krankenkassenprämien für alle»
- Grüne Vorschläge und Forderungen zur Gesundheitspolitik (GPS)
- Grüne Schweiz: 12 Thesen zur Gesundheitspolitik (GPS)
- Grüne Position für eine gesunde Nahrungsproduktion (Resolution der GPS)

Gesellschaft und Soziales

Bildung

Gute Volksschulbildung nicht gefährden

An der Volksschule im Kanton Luzern wird gespart. Die Gefahr besteht, dass dies zu einem Zweiklassen-Schulsystem führt. Reiche Gemeinden können es sich leisten, kleinere Klassen zu führen, arme Gemeinden dagegen können nur das Minimum anbieten und müssen auf Zusatzdienste für die SchülerInnen verzichten. Mit immer neuen Reformen wird statt seriöser Bildungspolitik ‹hektische Aktionismus› betrieben. Dabei wird immer mehr auf echte bzw. vermeintliche Bedürfnisse der Wirtschaft geschielt.

Fragen

- Dient die Bildung dem Menschen oder der Wirtschaft?
- Was nützt es unseren Kindern und Jugendlichen, wenn wir in der Rangliste der Pisa-Studie weiter nach vorne rücken?
- Müssen alle Kinder zwei Fremdsprachen in der Primarschule lernen?

Unsere Vorstellung

Bildung soll in erster Linie der Entwicklung der Persönlichkeit dienen und nicht der Arbeitsmarktfähigkeit des Menschen. Die Menschen im Kanton sollen sich in jedem Lebensabschnitt ihren Fähigkeiten entsprechend bilden können. Gute Bildungsangebote aus staatlicher Hand – auch für Erwachsene – verhindern, dass (Weiter-)Bildung zur Frage der persönlichen Finanzkraft wird. Stipendien sollen erhöht, Fachhochschulen und Universität gefördert und ausgebaut werden.

Die Volksschule sollte auch musische und kreative Fähigkeiten fördern. Bestrebungen in Richtung der überbetonten wissensorientierten Leistungsförderung lehnen wir ab. Aus unserer Sicht gibt es noch andere Beurteilungskriterien als die Pisa-Studie. Allerdings hat diese gezeigt, dass in unserer Schule Handlungsbedarf besteht (z.B. im Bereich der vorschulischen Angebote). An der Volksschule soll das Ziel der Chancengleichheit wieder mehr Gewicht erhalten. Eine kindgerechte Basisstufe scheint uns ein hoffnungsvoller Ansatz.

Grundsätzlich sollen alle Kinder bereits auf der Primarstufe die Möglichkeit haben, zwei Fremdsprachen (in ihren Grundlagen) zu erlernen. Wir sind jedoch nur dann für die Einführung einer zweiten Früh-Fremdsprache, wenn beide Sprachen mit einer wirkungsvollen, kindgerechten Methodik und ohne zusätzlichen Leistungsdruck vermittelt werden. Den ausländischen Kindern wird ihr Unterricht in Heimatlicher Sprache und Kultur angerechnet wie eine Fremdsprache und dementsprechend im Zeugnis vermerkt.

Besondere Unterstützungen und Therapien sind für alle im Kanton zugänglich. Sonderschulklassen werden dadurch nicht überflüssig. Wichtigstes Ziel ist die optimale Schulung und Förderung aller Kinder.

Reformen auf allen Stufen tragen wir mit, wenn sie nachhaltig sind und unserem Bildungsziel entsprechen. Reformen um der Reformen willen lehnen wir ab. Die Basisstufe soll geprüft und bis zu ihrer Einführung vertieft diskutiert werden.

Ausgewählte Vorstösse und Aktionen

- für eine reguläre Klassengrösse von 20 SchülerInnen an der Volksschule (maximale Klassengrösse: 26 SchülerInnen)
- für eine Evaluation der Reformprojekte auf der Primarschulstufe
- für die schnelle und umfassende Einführung der Schulischen Sozialarbeit
- gegen die Separation und die Führung von reinen Ausländer-Regelklassen
- gegen das neue Volksschulgesetz mit dem Pro-Kopf-Systemwechsel (Sammlung für Referendum)
- gegen die unausgereiften Planungsberichte Informatik auf der Primarstufe
- für die Neubauten der HWV und für die Uni Luzern
- gegen die zweimalige Halbierung der Stipendien und gegen die Alterslimite 30 beim Bezug von Stipendien



Unterlagen zum Thema

- Grüne Position zur Informationsgesellschaft, Broschüre der GPS
- RundBrief Nr. 1/2000

Gesellschaft und Soziales

Frau und Mann

Die Hälfte der Macht den Männern

Der Anspruch auf moderne Lebensentwürfe, die Familie und Beruf miteinander vereinbaren, ist für Mädchen und Frauen selbstverständlich geworden. Viele von



ihnen nutzen heute sehr selbstbewusst die persönlichen und beruflichen Optionen, welche die Frauenbewegung in den vergangenen Jahren aktiv erstritten hat. Die Hierarchien und Machtunterschiede zwischen den Geschlechtern sind aber längst noch nicht abgebaut. Dem veränderten Bewusstsein der Mädchen und Frauen stehen immer

noch männlich geprägte gesellschaftliche Strukturen, kulturelle Muster und Einstellungen gegenüber. Diese behindern und diskriminieren auch nicht-klassische Beziehungsformen wie Männerpaare oder Frauenfreundschaften und unnormierte Partnerschaften. Die «uralte» Forderung nach gleichem Lohn für gleichwertige Arbeit ist immer noch nicht durchgesetzt.

Fragen

- Schätzen Sie Politiker, die als Hobby ihre Familie nennen?
- Wem vertrauen Sie mehr, einer Krankenschwester oder einem Krankenpfleger?
- Was macht eine Beziehung wertvoll genug, damit sie vom Staat unterstützt wird?

Unsere Vorstellungen

Grüne Politik steht für die Gleichstellung von Frau und Mann in allen Lebensbereichen. Frauenpolitik ist für uns ein Querschnittsthema mit dem Ziel, das Lebensumfeld von Frauen und Männern entsprechend zu gestalten.

Ein wichtiges Ziel ist der Schutz vor geschlechterspezifischer Gewalt, egal in welcher Form diese auftritt. Wir setzen uns ein für professionelle Massnahmen; Jungen- und Männerarbeit muss darauf ausgerichtet sein, partnerschaftliche Erziehungs- und Rollenmodelle einzuüben. Erst wenn wir immer wieder darauf aufmerksam machen, auf welche Weise Macht aufgeteilt und ausgeübt wird, erreichen wir, dass die eine Hälfte der Macht den Frauen gehört.

Die klassische Ehe ist nicht so einzigartig, dass sie eine Privilegierung durch den Staat verdient. Wir wollen zum einen, dass staatliche Unterstützung klarer jenen zukommt, die Kinder erziehen, und zum andern, dass homosexuelle Paare die gleichen staatlichen Vorteile wie Eheleute geniessen, soweit ihre Partnerschaft einen solidarischen Charakter hat.

Ausgewählte Vorstösse und Aktionen

- für eine bessere Unterstützung von Familien mit kleinem Einkommen (GB-Motion für eine Standesinitiative überwiesen)
- für einen Steuerabzug von Kinderbetreuungsausgaben
- für gleiche materielle Arbeitsbedingungen für Männer und Frauen
- für mehr Teilzeitstellen an Gerichten
- für die Schaffung von Tagesschulen und Kinderhorten
- für registrierte Partnerschaften von homosexuellen Paaren (GB-Vorstoss überwiesen)



Unterlagen zum Thema

Grüne Position zu Frauen und Männern, Broschüre der GPS

Gesellschaft und Soziales

Kultur

Breiten Zugang zur Kultur ermöglichen

Kultur hat im Kanton Luzern einen steinigen Boden. Doch nicht überall ist er gleich hart: Die meisten Mittel fliessen in der Stadt Luzern, während auf der Landschaft weniger Kultur angeboten und gefördert wird.

Unter dem Spardruck haben viele Gemeinden begonnen, bei den Kulturausgaben zu sparen. Es droht ein Rückfall in die Kulturpolitik der frühen 80-er Jahre, als ein klarer Trennstrich gezogen wurde zwischen ‚förderungswürdiger Hochkultur‘ und finanziell vernachlässigter Alternativkultur.

Nachdenklich stimmt auch die Art und Weise, wie in unserem Kanton informiert wird. Mit nur einer Monopolzeitung erleben wir die Welt aus dem willkürlichen und zwangsläufig eingeschränkten Blickwinkel einer einzigen Redaktion.

Fragen

- Soll der Staat Kultur fördern?
- Braucht es Kulturanlässe ausserhalb der Stadt Luzern?
- Soll ein Billett für eine Oper oder ein Schauspiel weiterhin auch für Wenigerdienende erschwinglich sein?

Unsere Vorstellungen

Alle Menschen sollen Zugang zu kulturellen Veranstaltungen haben und ihre musischen Fähigkeiten entwickeln können, und dies nicht nur in der Region Luzern. Kulturelle Leistungen müssen finanziert werden, sei dies durch private oder öffentliche Mittel. Da nur mehrheitsfähige Kultur kostendeckend ist, muss der Staat finanzielle Lücken füllen. So soll der Kanton die Gemeinden entlasten, wenn es um grosse Brocken wie das Luzerner Theater geht, damit die Gemeinden eigene Kulturprojekte fördern können.

Ausserdem stellt der Staat die Gefässe zur Verfügung, in denen Kultur stattfinden kann, seien dies Konzertsäle, Jugendtreffs, Ausstellungsräume, Ateliers für KünstlerInnen oder Begegnungsstätten für Diskussionen.

Der Kanton und die Gemeinden fördern eigene und private Plattformen, die den Austausch von Informationen fördern und Diskussionen ermöglichen.

Ausgewählte Vorstösse und Aktionen

- kritische Begleitung der staatlichen Investitionen in Kulturbauten
- für eine grosszügige Unterstützung der Musikschulen, so dass der Instrumentalunterricht für alle Kinder und Jugendlichen erschwinglich wird
- für Kredite an kleinere, nicht etablierte Kulturorte
- für die Erhaltung des Kulturhauses Boa
- gegen die Änderung des Zonenplans Industriestrasse (2002)

Unterlagen zum Thema

- RundBrief Nr. 5/2000

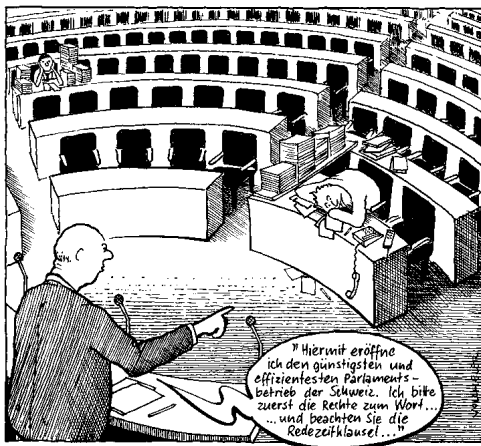


Demokratie und Staat

Volksrechte

Die Mitsprache fördern statt einschränken

Jede Gesellschaft muss immer wieder ihre Werte und Ziele neu formulieren, sonst bleibt sie stehen oder droht auseinanderzufallen. Oft sind jedoch nicht nur



diese Werte und Ziele – Leitplanken unseres Zusammenlebens – umstritten, sondern nur schon die Frage, wer sich an solchen Diskussionen beteiligen soll, wie schnell sie zu einem Resultat führen müssen und wie ein solcher Diskurs organisiert wird. Immer häufiger werden wir unter zeitlichen Druck gesetzt, Entscheide werden nach oben delegiert oder Einzelgruppierungen übertragen, um sogenannter Effizienzgewinne willen oder zugunsten von schlankeren Strukturen.

Fragen

- Leidet unser Kanton unter zu viel oder zu wenig Demokratie?
- Geht es im Kanton Luzern zu lange, bis ein Entscheid getroffen wird?
- Von wem sollen sich unsere ParlamentarierInnen bezahlen lassen?

Unsere Vorstellungen

Die Demokratie bietet uns den idealen Raum, um offen die Fragen unserer Zeit zu klären. Wir wissen, dass ein solcher Diskurs Zeit beansprucht und Kräfte binden kann. Es ist jedoch notwendig, dass möglichst viele Menschen daran teilnehmen, sonst wird unter Ausschluss der Öffentlichkeit über wichtige Fragen entschieden, was beim Einzelnen Apathie und Frust zur Folge hat. Keine guten Voraussetzungen für ein gutes Zusammenleben.

Konkret heisst das: Die Volksrechte sollen nicht abgebaut, sondern durch neue, kluge Instrumente ergänzt werden, z.B. durch die Demokratisierung der Zweckverbände, das konstruktive Referendum oder das Ausländerstimmrecht.

Wir wollen VolksvertreterInnen, von denen wir wissen, in wessen Namen sie sprechen. Interessenbindungen müssen also offengelegt werden. Wir wenden uns gegen die Kumulation von Ämtern und Funktionen. Damit Parlamentarierinnen und Parlamentarier unabhängiger werden und verantwortungsvoll ihre Arbeit erledigen können, müssen sie besser als heute entschädigt werden. Entscheidungsprozesse sollen transparenter werden, damit brisante Geschäfte nicht am Volk vorbeigeschuggelt werden können. Leider ist es so, dass die Aufsicht über Verwaltung und Regierung durch das New Public Management (NPM) erschwert wird. NPM schwächt das Parlament und verwischt gleichzeitig die Grenzen zwischen Regierung, Parlament und Verwaltung.

Ausgewählte Vorstösse und Aktionen

- für das Proporzwahlssystem – auch bei Exekutivwahlen (Vorlage und Volksabstimmung gingen auf einen GB-Antrag zurück)
- für die Einführung des konstruktiven Referendums (damit das Volk nicht ganze Gesetze ablehnen muss)
- für ein starkes, informiertes und handlungsfähiges Parlament (im Rahmen von WOV bzw. NPM)
- für eine Vereinfachung der unentgeltlichen Rechtspflege in der Zivil- und Strafprozessordnung
- für eine interkantonale Ombudsstelle, welche die Position der BürgerInnen gegenüber Amtsstellen stärkt
- Entwurf für eine neue Staatsverfassung
- gegen eine Erhöhung der Unterschriftenzahlen bei Referenden und Initiativen
- Es ist notwendig, die Mitspracherechte der ArbeitnehmerInnen im privatwirtschaftlichen und im öffentlichrechtlichen Bereich auszubauen.



Unterlagen zum Thema

- vollständiger Verfassungsvorschlag
- RundBrief Nr. 3/2002 (Debatte zur völkerrechtswidrigen Munition)

Wirtschaft und Finanzen

Service public

Eine gute Grundversorgung dank dem Staat

Als Antwort auf die Globalisierung suchen bürgerliche PolitikerInnen ihr Heil in einer neoliberalen Politik. Sie privatisieren (z.B. gewinnbringende Betriebe wie die Kantonbank), liberalisieren und rationalisieren (z.B. Poststellen). Darunter leiden einmal mehr die Randregionen. Dass Qualität und Versorgungssicherheit nach einer Privatisierung oft schlechter werden, haben wir am Beispiel der britischen Bahn gesehen. Gegenüber den früheren staatlichen Preisen und Tarifen verteuern sich die Dienstleistungen, und bei einem drohenden Konkurs muss oft doch wieder der Staat einspringen. Die Anstellungsbedingungen von Angestellten und ArbeiterInnen verschlechtern sich.

Fragen

- Wie soll privatisiert und optimiert werden?
- Meinen Sie, dass nur noch Zentren überlebensfähig und wirtschaftlich bedeutend sind?
- Wozu braucht's noch einen Staat?

Unsere Vorstellung

Optimierungen und qualitative Überprüfungen sind immer wieder notwendig. Das Wissen und Können der bestehenden Dienstleister ist jedoch das Kapital und die Kontinuität für eine gute Grundversorgung aller. Unsere Lebensqualität hängt sehr stark von dieser Grundversorgung ab, und deshalb muss hier der Staat eine starke Rolle übernehmen.

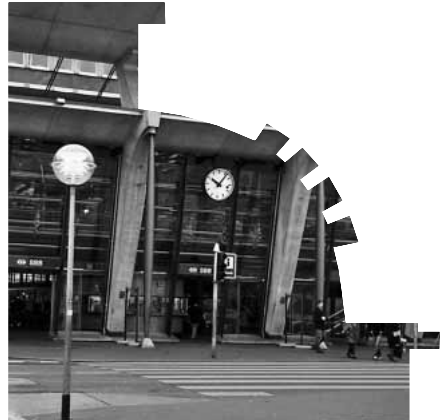
Service public bedeutet, dass Querfinanzierungen möglich sind. So sollen zum Beispiel kostenaufwändige Grundleistungen im Gesundheitswesen durch Einnahmen in anderen Bereichen subventioniert werden. Bildung bleibt die Aufgabe des Staates und wird nicht in private Hände vergeben. Nur so haben alle Menschen unseres Kantons weiterhin Zugang zu guter Bildung und zu einer guten medizinischen Versorgung.

Ausgewählte Vorstösse und Aktionen

- für Aussenschulen und bediente Haltestellen
- gegen ein ausgedünntes Postsystem (GB-Postulat überwiesen) und für ein Briefpostzentrum Luzern/Zentralschweiz (GB-Postulat überwiesen)
- gegen die Privatisierung von Dienstleistungsbereichen im Spital (kantonales Referendum)
- gegen die Schliessung der Hebammenschule (Petition und kantonale Initiative)
- gegen die Privatisierungsabsichten der kantonalen Gebäudeversicherung
- gegen die Teilprivatisierung der Luzerner Kantonalbank (die Volksabstimmung geht auf einen Antrag des GB zurück)
- Wir unterstützten das Referendum gegen das Elektrizitätsmarktgesetz.

Unterlagen zum Thema

- Eine andere Welt ist möglich. Davos, Porto Alegre und die Globalisierung, Das Engagement der Grünen Schweiz (GPS)
- Greenfo Nr. 3/2002 (Deutliches Nein zum EMG)
- RundBrief Nr. 4/2002 (Nein zur teuren Privatisierung)



Wirtschaft und Finanzen

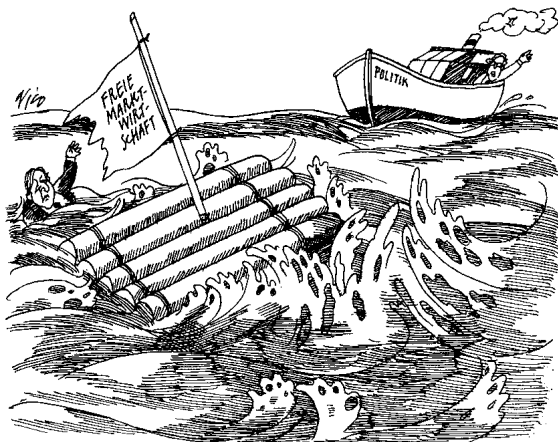
Wirtschaft

Eine Wirtschaft für den Menschen

Die Wirtschaft führt heute weitgehend ein Eigenleben, abgetrennt von Staat und Demokratie. Die Folgen tragen wir alle: Wenn die Wirtschaftsmaschinerie ins Stottern gerät, entsteht soziale Not. Wer allerdings kaum leidet, sind die

ManagerInnen, deren Löhne bei Misswirtschaft sogar überdurchschnittlich steigen. Die Mehrheit der LohnempfängerInnen hat aber das Nachsehen.

Die Wirtschaft im Kanton Luzern leidet unter strukturellen Rückständen und an den Folgen des Demokratiedefizits. Speziell ist sie geprägt vom Ungleichgewicht zwischen Stadt und Land und mangelnden Perspektiven für den ländlichen Raum. Ausdruck davon ist



Ein ganz alltäglicher Schiffbruch.

ein im schweizerischen Vergleich hohes Steuerniveau.

Fragen

- Leben wir, um zu arbeiten?
- Weshalb gibt es Menschen, die trotz einer 100-Prozent-Stelle nicht genug zum Leben haben?
- Soll der Staat für die Schulden von privaten Unternehmungen aufkommen?

Unsere Vorstellung

Die Wirtschafts- und Finanzpolitik muss verstärkt in den Dienst der Bevölkerung gestellt werden. Sie dient dem Allgemeinwohl und hat nicht zum Ziel, dass sich einige wenige bereichern können. Neben der Umsetzung von Menschenrechten (Recht auf Arbeit unter menschlichen Bedingungen) gilt es, eine nachhaltige

Wirtschaftspolitik zu betreiben. Der Staat darf nicht hinnehmen, dass Menschen zu Working-poor werden, sondern setzt Minimalstandards. Wir stellen uns gegen neoliberale Strömungen, gegen das Privatisieren von Gewinnen und die Verstaatlichung von Verlusten.

In der Region Luzern stellen wir uns Massnahmen vor zur Verknüpfung der Bildungsinstitutionen und der Wirtschaft (Industrie und KMU), im ländlichen Raum die Nutzung und Förderung vorhandener Ressourcen wie Holz und Milch in optimierten Wertschöpfungsketten. So lassen sich überall Arbeitsplätze erhalten und neue schaffen.

Ausgewählte Vorstösse und Aktionen

- für eine Lenkung der Wirtschaft in Richtung Ökologie («Energie statt Arbeit besteuern»)
- für die Anerkennung und Einhaltung von Gesamtarbeitsverträgen
- für einen Holzförderungsartikel im Waldgesetz
- gegen Nettolöhne unter Fr. 3'000.– bei voller Erwerbsarbeit (GB-Postulat überwiesen und in der neuen kantonalen Besoldungsordnung umgesetzt)
- gegen die Beteiligung des Kantons Luzern an der Crossair
- Ruhetags- und Ladenschlussgesetz: Verhinderung einer grossen Liberalisierungsvorlage dank GB-Intervention im Abstimmungsverfahren
- Verwaltungsräte und ManagerInnen sollen bei Misswirtschaft belangt werden können. Das Gegenteil von hohen Abfindungszahlungen ist nötig.



Unterlagen zum Thema

- Arbeitspapier Ökologie und Wirtschaft, Grüne Bern
- Anders arbeiten – besser leben, Broschüre der GPS
- RundBrief Nr. 7/2000 (Thema Wirtschaft)

Wirtschaft und Finanzen

Steuern und Finanzen

Eine gerechtere Verteilung der Lasten

Der Kanton Luzern hat im Vergleich zu anderen Kantonen eine hohe Progression bei unteren und mittleren Einkommen. Die indirekten Steuern, Taxen und Gebühren sind im Kanton Luzern innerhalb der letzten Jahre um 80 % gestiegen. Die Steuerunterschiede innerhalb des Kantons und innerhalb der Schweiz haben zugenommen: Einige Kilometer weiter entfernt wohnen und schon können bis zu zwei Drittel der Steuern eingespart werden. SteuerzahlerInnen wandern von finanzschwachen in finanzstarke Gemeinden ab. In Berggemeinden und Gemeinden ohne juristische Personen kann dies zu einer Abwärtsspirale führen.

Das Steuergefälle in der Zentralschweiz

Gemessen am Bruttosozialeinkommen

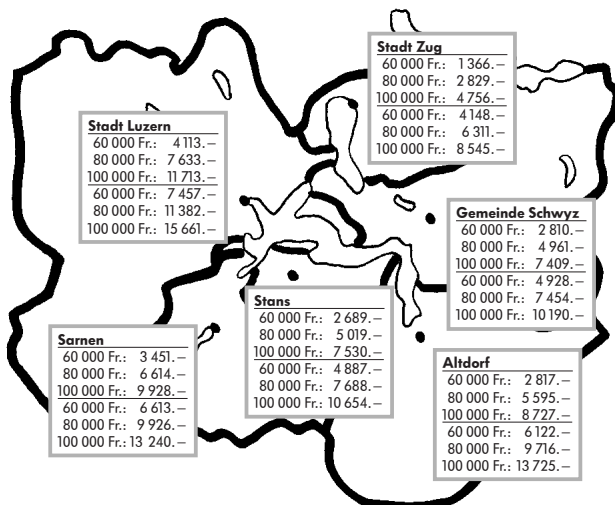
Jeweils oben:

So viel Kantons- und Gemeindesteuern bezahlt ein verheirateter, alleinvertienender Familienvater mit zwei Kindern.

Jeweils unten:

So viele Steuern zahlt eine alleinstehende Person, nicht geschieden.

Quelle: Eidg. Finanzverwaltung



Fragen

- Möchten Sie auch manchmal nach Hergiswil oder Meggen ziehen?
- Was ist Ihnen lieber – ein verschuldeter Staat oder tiefere Steuern?
- Sollen Vermögende mit Sonderrabatten nach Luzern gelockt werden?

Unsere Vorstellung

Auf eidgenössischer Ebene müssen die Steuern so schnell wie möglich materiell harmonisiert werden. Auch im Kanton Luzern gilt es, den Steuersatz so fest-

zusetzen, dass die Differenz zwischen den Gemeinden nicht mehr als 20 % beträgt. Wir verlangen eine Verschiebung der Progression zu den höheren und hohen Einkommen, und wir wollen die versteckten Tiefstsätze (Rabatte) abschaffen. Ebenso wehren wir uns dagegen, dass der Staat sich immer mehr Geld über indirekte Steuern beschafft.

Das Steuergesetz soll kinder- und familienfreundlich ausgestaltet werden, für Freiwilligenarbeit sollen Abzüge geltend gemacht werden können und Renten und Einkommen, die nur das Existenzminimum decken, sollen steuerfrei bleiben. Statt die Steuern zu senken, sollte der Staat seine Schulden abbauen – davon profitieren grössere Teile der Bevölkerung.

Steuern sollen – wo immer möglich – eine ökologische Lenkungswirkung haben. Deshalb dürfen Autofahrer gegenüber den Benützern des öffentlichen Verkehrs nicht bevorzugt werden. Es ist auch ungerecht, dass die Postauto-Betriebe Mehrwertsteuern und hohe Benzinzölle entrichten müssen, während Fluggesellschaften weder eine Mehrwert- noch eine Kerosinsteuer kennen.

Ausgewählte Vorstösse und Aktionen

- Vor zwanzig Jahren raubten wir in einer symbolischen Aktion die Gemeindekasse von Meggen und überreichten sie einer Entlebucher Gemeinde.
- für den (mässigen) kantonalen Finanzausgleich, weil er in die richtige Richtung zielt (2002)
- für eine kinder- und familienfreundliche Ausgestaltung des Steuergesetzes
- für eine Anerkennung der Freiwilligenarbeit im Steuergesetz
- gegen die Abschaffung der Erbschaftssteuer
- «Energie statt Arbeit besteuern» (nationale Initiative)
- Wir sind Mitglied von attac, der Gruppe für eine internationale Devisenbesteuerung (Tobinsteuer).



Unterlagen zum Thema

verschiedene Broschüren der GPS zur Initiative «Energie statt Arbeit besteuern»

Impressum

Herausgeber

Grünes Bündnis, Neustadtstrasse 34, Postfach 31, 6000 Luzern 4;
PC 60–16103–5; Tel. 041 360 79 66, Fax 041 361 06 77

Autorinnen und Autoren

Adrian Borgula, Cécile Bühlmann, Monika Clalüna, Philipp Federer, Gaby Müller,
Heidi Rebsamen, Louis Schelbert, Michael Töngi, Roni Vonmoos

Redaktion

Michael Töngi, Natalie Kamber

Konzept und Gestaltung

Marcel Gasser, Neustadtstrasse 26, 6004 Luzern

Druck

Gegendruck GmbH, Neustadtstrasse 26, 6004 Luzern; Tel. 041 360 82 70

Bestelladressen für Unterlagen

Greenfo und Broschüren der GPS:

Grüne Partei der Schweiz, Waisenhausplatz 21, 3011 Bern; Tel. 031 312 66 60

RundBrief:

Grünes Bündnis, Postfach 31, 6000 Luzern 4; Tel. 041 360 79 66

